

Lobbyismus – fast ein Lob

Ist Lobbyismus per se unethisch? Ein nüchterner Blick auf eine schillernde Profession

VON RICHARD SCHÜTZE

Seit der Antike schon hält er sich in den Vorhöfen der politischen Macht auf, heutzutage vorzugsweise in den Lobbys der Parlamente oder auch den Schreibstuben und Büros von Abgeordneten und Ministerialen. Er taucht bei Empfängen auf, nimmt an Kongressen teil, tummelt sich an Buffets und bevölkert Stehtische mit Sekt, Selters und Kaffee. Er sucht die Nähe und das vertrauliche Gespräch mit Mandatsträgern oder auch Vertretern der Exekutive, vom Minister bis zum Ministerialrat. Seine Funktion ist die Vertretung von spezifischen Interessen gegenüber Politik und Gesellschaft; zuweilen versucht er auch, mit den Instrumenten der Public Relations die öffentliche Meinung gezielt zu beeinflussen bis hin zur Initiierung von Kampagnen. Jedes größere Unternehmen verfügt über solche Kund- und Botschafter, die frühzeitig Witterung im politischen Betrieb aufnehmen, sich offen oder verdeckt in Meinungsbildungsprozesse einmischen, um dann gezielt auf die Formulierung von Gesetzen und Verordnungen, Reglementierungen oder Subventionierungen, Ge- und Verbote oder auch die Beschaffung von Waren, Gütern und Dienstleistungen, von Impfstoffen bis hin zu Waffensystemen Einfluss zu nehmen. Er wird als Lobbyist, Spin Doctor, Frühstücksdirektor oder schlicht Interessenvertreter, aber auch als Politikberater oder gar Agent bezeichnet. Unternehmen und Agenturen etikettieren diese Arbeit als Public Affairs oder Government Relations.



Sein Fall brachte die Debatte über Lobbyismus in Gang: Dabei ist im Moment noch gar nicht juristisch geklärt, ob Philipp Amthor (CDU) mit seiner Tätigkeit für Augustus Intelligence tatsächlich eine Grenze überschritten hat. Foto: dpa

Trotz oder wegen seiner hochrangigen Kontakte und der oft intransparenten Arbeitsweise ist das Image des Lobbyisten schlecht. Skandale sind an der Tagesordnung, weil das Publikum oft eine Einflussnahme am Rande der Legalität vermutet, bis hin zu Korruption in Form von Begünstigung und Bestechung oder auch Geschäften nach dem Prinzip des „do ut des“.

Auch Interessensverbände der Industrie, die Gewerkschaften sowie vor allem Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie beispielsweise Greenpeace, Fridays for Future, BUND und natürlich die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sind fleißige Lobbyorganisationen. Sie unterhalten Hauptstadtbüros und Repräsentanzen an allen Orten, wo man gezielt Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen kann. Untereinander denunziert man sich dabei gern als „Lobbyist“; dabei sind die „Kritiker der Elche“, wie etwa die DUH, zumeist aber „selber welche“. Das zentrale Argument für das eigene Tun und Treiben lautet, dass bei Unterneh-

mensrepräsentanten und Verbandsmitarbeitern, aber auch Gewerkschaftern, Kirchenleuten und Umwelt-Aktivisten von vorne herein klar sei, in wessen Auftrag sie unterwegs sind. Die wahren Lobbyisten aber müssten, vergleichbar einer anwaltlichen Mandatierung, Art und Umfang ihres Auftrags und zuweilen auch nicht einmal den Auftraggeber offenbaren. Dennoch könnten sie sich über einen geneigten Abgeordneten einen Hausausweis für die Parlamentsgebäude verschaffen und dürften, ohne in einem offiziellen Register geführt zu werden, auf allen Bühnen vor und hinter den Kulissen mitmischen. Dabei ist der Rat und Sachverstand von Lobbyisten oft rege nachgefragt und zuweilen auch dringend vonnöten. Das Spektrum der verschiedenen Interessenten an Informationen reicht vom einfachen Abgeordneten, der sich über eine komplexe Technologie oder die Abläufe in einer Industriebranche ins Bild setzen will, bis hin zum Ministerialen, der seinen Chef über die Auswirkungen eines gesetzlichen Vorhabens informieren muss. Ohne moralisch-ethische Bewertung kann man den Job des Lobbyisten daher auch als eine gezielte Mitgestaltung der Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftli-

chen Handelns beschreiben. Denn auch die Homo-, Lesben- und Gender- und andere LGTB- oder „queer“-Organisationen agieren selbstverständlich lobbyistisch und wollen die Gesellschaft verändern oder zumindest entsprechend ihren Vorstellungen mitgestalten.

Unappetitlich wird es, wenn ein Interessenmandat auch auf Nachfrage hin verschleiert oder über den Auftraggeber gezielt getäuscht wird oder gar eine Interessenverquickung stattfindet. Letzteres ist offenbar im Fall Philipp Amthor geschehen, der sich als Abgeordneter allein seinem Gewissen, dem Gemeinwohl und dem Wahlvolk verpflichtet fühlen sollte, aber wohl mittels der Instrumente und dem Status seines Mandates zugleich auch in den Dienst eines dubiosen Unternehmens gestellt und bei einem Parteifreund, dem Bundesminister für Wirtschaft, antichambriert hat. Ob dabei die Grenze zu einem strafbaren Verhalten überschritten worden ist, klären nun verschiedene Instanzen.

Mit Recht votieren inzwischen die meisten Lobbyisten für mehr Transparenz. Ein offizielles Lobbyregister wäre ein erster Schritt heraus aus der Grauzone, die das Ansehen der Lobbyisten schädigt.

Einkaufen statt beten

Streit um den Sonntagschutz: Die durch die Corona-Pandemie gebeutelten Einzelhändler sollen unterstützt werden, indem sie die Möglichkeit bekommen sollen, auch an Sonntagen ihren Laden zu öffnen

VON HEINRICH WULLHORST

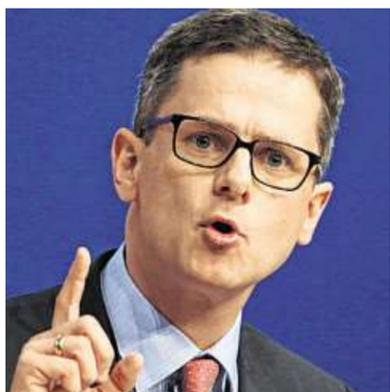
Einmal mehr steht der Schutz des Sonntags im Mittelpunkt politischer Diskussionen. Die Corona-Krise sorgt dafür, dass erneut ein Fass aufgemacht wird, von dem man glaubte, dass schon lange ein Deckel darauf sei. Nachdem zuletzt der Deutsche Handelsverband Druck machte, werden jetzt wieder Stimmen aus der Politik laut, die die Umsätze der Einzelhändler durch eine Ladenöffnung an Sonntagen steigern wollen. So wird der früher mal als „Tag des Herrn“ bezeichnete siebte Tag der Woche mit seiner Heilserwartung zum profanen Alltag mit Umsatzerwartung.

Der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU, Carsten Linnemann, will wegen der coronabedingten Einbußen dem Einzelhandel die Möglichkeit einräumen, an den Wochenenden zusätzliche Umsätze zu erzielen. Die Entscheidung dazu liege allerdings bei den Län-

dern und den Kommunen. „Ich persönlich würde es aber befürworten, dass zumindest an einigen weiteren Sonntagen in diesem Jahr geöffnet wird“, betont er.

Viele Kommunen sind geneigt, dem Druck des Einzelhandels nachzugeben. So haben sich jüngst mittelfränkische kreisfreie Städte und Landkreise an die bayerische Staatsregierung gewandt, um verkaufsoffene Sonntage ohne Anlassbezug zu ermöglichen. Diese Vorgehensweise nennt der Geschäftsführer des DGB-Mittelfranken, Stephan Doll, einen „Schlag ins Gesicht der Beschäftigten im Einzelhandel“. Die Corona-Krise bringe genügend zusätzliche Herausforderungen für das Verkaufspersonal mit sich. Daher sei die Debatte um verlängerte Öffnungszeiten unnötig.

Wie sehen die Kirchen die Forderung



Carsten Linnemann (CDU) will, dass die Kommunen über Ausnahmen im Sonntagschutz entscheiden. Foto: dpa

nach mehr verkaufsoffenen Sonntagen? Der NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) etwa will vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage in der zweiten Jahreshälfte genehmigen. „Die katholische Kirche in Nordrhein-Westfalen will sich weiteren verkaufsoffenen Sonntagen wegen der Corona-Krise nicht verweigern“, erklärt der Leiter des Katholischen Büros in Düsseldorf, Antonius Hamers, gegenüber der KNA. Die Zustimmung setze allerdings voraus, dass es eine einmalige Regelung wegen der Pandemie bleibe. Schließlich würden, so Hamers, die zusätzlichen Ladenöffnungen gerade zum Jahresende dazu beitragen, „das Einkaufsgeschehen in den Innenstädten zu entzerren und an die Schutzmaßnahmen anzupassen“.

Der Bundespräsident der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), Stefan Eirich, steht der Aufweichung des Sonntagschutzes deutlich kritischer gegenüber als der Kirchenvertreter. Er richtet den Blick weniger auf die Umsätze der Unternehmen, sondern eher auf die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese hätten in der Kernphase der Corona-Krise als systemrelevante Berufe an den Kassen und auch beim Regaleinräumen bereits eine erhebliche Last getragen. Er glaube nicht, dass durch die angekündigte Erhöhung der genehmigten verkaufsoffenen Sonntage in NRW so viel zusätzlicher Umsatz generiert werde, dass dadurch Arbeitsplätze auf Dauer gerettet werden könnten. Im Gespräch mit domradio.de macht Eirich deutlich: „Es braucht ein gesamtgesellschaftliches Konzept, um aus der Corona-Krise herauszukommen.“ Eine alleinige Fixierung auf

wirtschaftliche Ertragsdaten hält der KAB-Präsident für schwierig.“

Der Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), Prof. Dr. Ulrich Hemel, hat einen differenzierteren Blick auf die Problematik und fordert daher ein gutes Abwägen. „Natürlich ist ein Ruhetag für die Menschen wichtig. Dazu hat der Sonntag für uns Christen eine besondere Bedeutung.“ Hemel weist allerdings auf das Bedürfnis der Gesellschaft hin, am Sonntag die Zeit auch für Einkäufe zu nutzen, speziell in diesen anfänglichen Post-Corona-Zeiten. Deshalb habe er Verständnis für die Initiative der NRW-Landesregierung. „Wir müssen als Katholiken und Katholikinnen lernen, dass unsere Vorstellung nicht die gesamte Gesellschaft prägt“, betont Hemel. Der Sonntag als Ruhetag sei für viele Menschen ein Tag der Entspannung, die sie mit einem Einkaufserlebnis verbinden. Der Sonntagsgottesdienst sei dabei in den Hintergrund getreten. Das könne man beklagen. Jedoch müsse man konstatieren, dass es oftmals an spirituell eindrücklichen und guten Sonntagsgottesdiensten fehle. Deshalb sei es wichtig, „die einladende Seite unseres Glaubens stärker in den Vordergrund zu stellen“.

Unsere obersten Gerichte sind in der Frage weiterhin deutlich. So hat das Bundesverwaltungsgericht noch am 22. Juni in einer Entscheidung betont, dass Regelungen, mit denen eine Öffnung von Verkaufsstellen an Sonntagen erlaubt werden, das verfassungsrechtlich geforderte Mindestniveau des Sonntagsschutzes wahren müssen. Demnach müssen Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe die Regel bleiben.

KOLUMNE

Keine Experimente

VON PETER SCHALLENBERG

Keine Experimente. Unter diesem scheinbar erzkonservativen Slogan trat die CDU bei der Bundestagswahl 1957 mit dem Konterfei von Bundeskanzler Konrad Adenauer an – und gewann die absolute Mehrheit. Dieser Erfolg war auch der ganz neuen Idee nach 1945 geschuldet, eine Volkspartei und keine Programmpartei, also eine Union zu gründen. Diese Idee wurde schon in christlichen Kreisen des Widerstands gegen Hitler geboren und sollte der bisherigen politischen Zersplitterung der Christen ein Ende setzen. Konrad Adenauer war selbst an den Gesprächen beteiligt, auch politisch denkende Jesuiten wie Augustin Rösch und der als Widerstandskämpfer hingerichtete Alfred Delp. Unmittelbar nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen setzten in Köln konkrete Planungen zur Gründung einer neuen christlich-demokratischen Partei ein. Am 26.6.1945 erfolgte schließlich in Berlin der Gründungsauftrag „Deutsches Volk!“ einer Christlich-Demokratischen Union. Der Begriff Union war Programm: Nicht mehr ein enges konfessionelles Korsett, sondern ein weit geschnittenes Kleid mit zwei grundlegenden Schnittmustern: Christliches Menschenbild und Ordoliberalismus. Das war und ist neu: Keine Klientelpartei, sondern eine grundlegende Idee: Mensch und Umwelt werden als Schöpfung Gottes verstanden, säkular ausgedrückt: Als Gabe und Aufgabe, als Geschenk zur Weiterentwicklung und Entfaltung. Als Frage Gottes an den Menschen „Wo ist Dein Bruder Abel?“, die zur Antwort ruft und zur Verantwortung drängt. Zugleich wird der Mensch nicht einfach als selbststüchtiges Individuum aufgefasst, sondern als Person: als Trägers von Gottes Wesen, das nach biblischer Botschaft Liebe, also Ebenbild Gottes ist. Aber als freie Person, zum Guten von Gott erschaffen und zugleich zum Bösen von ihm zugelassen. Daher braucht es eine Ordnung seiner schwankenden Freiheit, damit der Kain den Abel weder erschlägt noch misshandelt noch beraubt. Ordnung durch das Gesetz und das Recht und mehr noch Ordnung der Liebe, vornehmlich in Ehe und Familie, die darum Keimzelle des Staates bilden (Art. 6 GG). Schon früh, in der Freiburger Schule und von überzeugten Christen wie Walter Eucken und Alfred Müller-Armack propagiert, wurde die Verbindung zur Sozialen Marktwirtschaft gesehen: Eine Ordnung des Marktes hin zu Gesetz, Haftung und Gemeinwohl, weit mehr als im liberalen Nachtwächterstaat das Vertrauen auf eine angeblich blinde Hand des Marktes. „Keine Experimente“ war und ist bis heute durchaus strukturalistisch gemeint: Man experimentiert nicht am oder mit Menschen! Der Mensch wird nicht vom Staat oder der Politik erschaffen noch umgestaltet, er wird vielmehr als Gabe und Geschenk vorgefunden und er verpflichtet. Man experimentiert freilich mit den Modellen der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung der Umwelt des Menschen, bis hin zur Fortentwicklung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Und man schließt im Feld der Demokratie auch Kompromisse, manche erträglich (Grundrente), manche schmerzlich (Einführung der Ehe für alle), manche unmöglich (§ 218). Das ist der manchmal bittere Preis der Union derer, die in durchaus unterschiedlicher Weise über das christliche Menschenbild nachdenken und es politisch greifbar machen wollen.



Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ. Foto: KNA